

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Entscheidungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 85 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RR. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Blos in Dresden.

Nr. 54

Dresden, Mittwoch, 5. März

1930

Verbot aller Kundgebungen unter freiem Himmel.

(N.) Das Ministerium des Innern veröffentlicht im heutigen amtlichen Teile folgende Bekanntmachung:

In der kommunistischen Presse wird für den 6. und 13. März 1930 und die zwischenliegende Zeit zu Demonstrationen und sogenannten „Hungermärschen“ angekündigt. Nach zahlreichem Vorgehen in der letzten Zeit ist mit Gewalttätigkeiten gegen Personen und sonstigen besatzbaren Handlungen bei diesen Demonstrationen zu rechnen. Gleiches ist für alle anderen demonstrierten Versammlungen unter freiem Himmel zu berücksichtigen. Es besteht also eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Aus Grund von Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung werden daher für das Gebiet des Reichslandes Sachsen für die Zeit vom 6. bis 14. März 1930 alle Versammlungen, Umzüge und sonstigen demonstrierten Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Die Polizei ist angewiesen, das Verbot mit aller Strenge durchzuführen. Es wird vor der Teilnahme an verbotenen Versammlungen nachdrücklich gewarnt.

Roggenbräuhaltungsgesetz angeregt.

Zur Befreiung der außerordentlich unverbesserlichen Verhältnisse auf dem Roggenmarkt ist bekanntlich eine Reihe von Anträgen und Vorschlägen gemacht worden. Unter diesen Vorschlägen geht dahin, daß die Herstellung und der Vertrieb von reinem Weizenmehl verboten und ein Beimahlungsgebot von 60 Proz. Roggen zum Weizen angeordnet werden soll. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Durchführung dieses Vorschlags einen sehr erheblichen Rohverbrauchs von Roggen zur menschlichen Ernährung und eine wesentliche Einschränkung der Weizenexporte zur Folge haben würde. Die aus unrichtiger Seite mitgeteilte wird, wird dieser Vorschlag jetzt im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf seine Durchführbarkeit geprüft. Es scheint allerdings, als ob die Einführung eines Beimahlungsgebotes in der genannten Höhe verschiedenen Bedenken unterliegt. Einerseits wird nicht verkannt werden dürfen, daß eine solche Befreiung des Roggenmarktes nur von durchgreifenden Maßnahmen erwartet werden kann, die eine vermehrte Verwendung des Roggens zur menschlichen Ernährung sicherstellen.

Die Wohnverhältnisse im Deutschen Reich.

Zum erstenmal in der Nachkriegszeit gewährte die Reichszahlungszählung von 1927 einen umfassenden Einblick in die Wohnverhältnisse des deutschen Volkes und die Besonderheiten der Wohnweise in den einzelnen Reichsteilen und wichtigeren Gemeinden. Die Ergebnisse der Erhebung werden neben dem statistischen Reichsamte veröffentlicht („Die Wohnverhältnisse im Deutschen Reich“, Verlag von Helmar Hobbing, Berlin 1930).

Neben den Grundbedingungen des Wohnens, der Größe der Wohngebäude und der Verteilung von Groß- und Kleinwohnungen (fast die Hälfte aller Wohnungen sind Kleinwohnungen) werden die beiden wichtigsten Erscheinungen der Wohnungsnot — Überfüllung und Untermiete — umfaßend dargestellt. Auch für die Beurteilung des Wohnungsbedarfs ergeben sich zahlreiche Anhaltspunkte. Untersuchungen über wichtige Einzelfragen bereichern das Werk, so über das Ausmaß des Wohnungsbedarfs an Grundstücken und Wohngebäuden, über die Wohnverhältnisse der linderreichen Familien (fast die Hälfte der überfüllten Wohnungen werden von linderreichen Familien bewohnt) und eine hier erstmalig veröffentlichte Sonderdarstellung über die Einzelpersonen mit eigener Wohnung. Etwa 10 v. H. sämtlicher Wohnungsinhaber sind Einzelpersonen; in 26 besonders untersuchten Großstädten sind drei Viertel dieser einzelwohnenden Wohnungsinhaber Frauen, vor allem ältere Wittwen.

Ein übersichtlich angeordnetes Tabellenwerk bringt u. a. auch die wichtigsten Angaben über die Wohnverhältnisse jeder einzelnen Gemeinde mit 5000 und mehr Einwohnern. Auf Jahre hinaus werden diese Unterlagen im Streit der Meinungen um die dringlichsten Fragen der Wohnungsnot ein wichtiges Hilfsmittel bilden.

Die Verhandlungen über das Finanzkompromiß.

Optimistischere Auffassung.

Berlin, 5. März.
In Berliner politischen Kreisen wird das Kompromiß über die gestrige Kabinettsitzung als eine Befreiung der optimistischsten Beurteilung angesehen, die die parlamentarische Lage seit Montag erlitten hat. Man hat den Eindruck, daß dem Kabinett vom Reichsfinanzminister Dr. Brüning gestern nachmittag ein neuer Vorschlag vorgelegt worden ist. Die lange Dauer der gestrigen Kabinettsberatungen spricht auch dafür, daß der Vorschlag mit allem Ernst und aller Ausführlichkeit diskutiert wurde. Der neue Vorschlag wird aus guten Gründen geheimgehalten. Man kann aber — was ja auch in dem Kompromiß angedeutet wird — annehmen, daß er den Forderungen der Deutschen Volkspartei nach einer spärlichen Ausgaben- und Steuererhöhung Rechnung trägt und auf der anderen Seite für die Reorganisation der Arbeitslosenversicherung einen Weg sucht, auf dem die sozialdemokratischen Bedenken berücksichtigt werden. Auf diese Weise dürfte man ohne eine weitere Erhöhung der direkten Steuern auskommen.

In politischen Kreisen wird das Projekt des Kompromiß nach der gestrigen Kabinettsitzung als erledigt betrachtet. Der Plan, der das Reichskabinett gestern beschloß, jetzt offenbar eine Deckung des 100 Millionen-Defizits der Arbeitslosenversicherung durch eine Beitragserhöhung vor, wobei natürlich die Frage, wie diese Beitragserhöhung im einzelnen ausfällt, verschieden geregelt werden kann. Politisch gesehen kommt es darauf an, eine Brücke zwischen den wirtschaftlichen Forderungen der Deutschen Volkspartei und den sozialen der Sozialdemokratie zu schlagen. Das soll in der Form geschehen, daß der Deutschen Volkspartei die Erhöhung der direkten Steuern gestrichelt und die Ausgaben- und Steuererhöhung für das nächste Etatsjahr garantiert wird. Auf der anderen Seite soll wohl eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung die Sorgen, die sich die Sozialdemokratie um das

Weiterbestehen dieses Versicherungswerkes macht, beheben. Es verleiht, daß der Kompromißvorschlag zur Deckung des Defizits im Etat sich aus mehreren Teilen zusammensetzt. Zu dem Plan einer Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung kommt noch der Gedanke, 20 Millionen aus dem Rücklagenfonds der Post für Industrieobligationen zu entnehmen, und 30 Millionen durch eine freiwillige Umlage der Wirtschaft aufzubringen. Eine besondere Rolle spielt auch die Frage, ob das Defizit in der bisher angegebenen Höhe überhaupt richtig ist. Außerdem denkt man daran, auch auf anderen Gebieten noch Teilspargnungen zu machen. All diese Möglichkeiten haben im Laufe des gestrigen Abends in parlamentarischen Kreisen den Eindruck vermittelt, daß das Kompromiß im Kabinett zumindest fast im Werden ist. So daß der Schwerpunkt, von Einzelheiten abgesehen, jetzt in der Frage liegt, ob die Fraktionen bereit sind, ebenfalls zuzustimmen.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 5. März.
Das Reichskabinett setzte in der gestrigen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers abgehaltenen Sitzung seine Beratungen über die Deckungsvorlage, die Steuererlässe für 1931 und die Frage der Arbeitslosenversicherung fort. Die Verhandlungen sollen heute zum Abschluß gebracht werden.

Reichsfinanzminister ergreift die Initiative.

Berlin, 5. März.
Reichsfinanzminister Brüning hat, der DAB zufolge, in Ausführung der Beschlüsse seines Nationalsozialistenabkommens die Initiative ergriffen, um eine Vorwegnahme des Youngplans und eine Zurückstellung der Finanzfragen bis nach Sicherung des Youngplans zu gewährleisten.

„Hungermärsche“ am 6. März?

Berlin, 5. März.
Am Montagabend hat eine Sitzung der kommunistischen Parteifunktionäre stattgefunden. Auf Anordnung des europäischen Sekretariats der Roten Gewerkschaftsinternationale und des Welteuropäischen Jugend-Internationale und des Welteuropäischen Roten der Kommunisten hat auch die Berliner Parteileitung für den 6. März Hungermärsche an der Umgebung Berlins nach der Reichshauptstadt angedeutet. Gleichzeitige sollen auch innerhalb Berlins unter Umgehung des Demonstrationenverbotes beträchtliche Hungermärsche und Umzüge stattfinden. Die sich auf die größten Versammlungen und die Arbeitslosenbewegungen konzentrieren sollen, wo Parteifunktionäre an ihre Genossen Ansprachen halten werden. Für diese Märsche ist ein genauer Plan ausgearbeitet worden, der sich im übrigen mit den Demonstrationen vom 1. Februar deckt. Das Demonstrationenverbot soll nach Mitteilungen in der Weise umgangen werden, daß auf ein verstreutes Gehen in allen Teilen Berlins größere und kleinere Ansammlungen sich bilden, die dann wiederum auf ein verstreutes Gehen sich in Marsch setzen sollen. Durch diese Taktik soll erreicht werden, daß die Polizei hierdurch überfordert und müde gemacht wird und nicht einseitig vorgehen kann. Es heißt, daß auch die Nationalsozialisten für den 6. März Umzüge und Demonstrationen planen. Sie haben die Anweisung erhalten, sich am 6. März auf der Straße bereitzustellen. Dadurch ist der Gefahr gestiftet, daß es zwischen Anhängern der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei zu Zusammenstößen kommt. Die Polizei hat dementsprechend ihre Maßnahmen getroffen. Für den 6. März ist für die Polizei die große Alarmstufe angeordnet worden, nach der sich alle Häuser und Mannschaften in den Kasernen aufzustellen haben. In den Nachmittagsstunden wird bereits ein starker Paroulleinsatz auf der Straße einberufen.

Gestern Abend kam es an einigen Stellen der Stadt zu Demonstrationen von Angehörigen der

kommunistischen Partei. Etwa 80 Personen waren geschlossen zu einem Versammlungsort der SED in der Wilmstraße wo sie durch Steinwürfe eine Schaufensterscheibe zertrümmerten. Der Zug löste sich dann ohne weitere Zwischenfälle auf.

Verbot kommunistischer Umzüge in München.

München, 5. März.
Die Polizeidirektion München hat auf Grund des Art. 123 der Reichsverfassung die von der kommunistischen Partei beschlossenen öffentlichen Umzüge anlässlich des kommunistischen Kampftages der Gewerkschaften am 5. und 6. März und anlässlich des sozialistischen Gewerkschaftstages am 9. März verboten.

Wie die „Kommunistische Neue Zeitung“ meldet, ist gestern auch der kommunistische Redakteur Hohenadel von der Polizei verhaftet worden mit der Begründung, daß er an den tätlichen Ausschreitungen in der Vorstadt Giesing, die als Landfriedensbruch erachtet werden, beteiligt gewesen sei.

Thüringische Sparmaßnahmen.

Weimar, 5. März.
Im Zusammenhang mit den vom thüringischen Kultusministerium geplanten und zum Teil schon durchgeführten Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Volkshilfswesens beabsichtigt die thüringische Regierung, die an die Volkshilfschule Thüringen bisher gezahlten Zuschüsse vollständig zu streichen und dem Volkshilfschulheim Tins bei Gera, das durch Staatsvertrag eine staatliche Anstalt wurde, die Zuschüsse bis auf ein Drittel zu kürzen. Dagegen sollen die beiden landwirtschaftlichen Volkshilfschulen in Bad Zeitz und in Reudersdorf (Bauernhochschule) in vollem Umfang weitergeführt werden.

Beschwerde sozialistischer Studenten.

Darmstadt, 5. März.
In seiner Sitzung vom 21. Februar hat der Senat der Technischen Hochschule Darmstadt einstimmig beschlossen, die „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Studenten an der Technischen Hochschule Darmstadt“ nicht zuzulassen, da es, wie in ähnlichen Fällen, grundsätzlich vermeiden werden soll, Studentenverbindungen, die eine politische Kampfstellung einnehmen, an technischen Hochschulen zu genehmigen. Von sozialdemokratischer Seite ist deswegen beim Kultusministerium Einspruch erhoben worden, da auch die nationalsozialistische Studentengruppe zugelassen worden sei.

Gintelen in Kowno?

Polen, 5. März.
Man erinnert sich, daß vor einiger Zeit eff. reichsdeutsche Lehrer aus dem Remelgebiet durch die litauischen Behörden ausgewiesen worden waren. Der deutsche Konsulate in Kowno hat die litauische Regierung auf die Verletzung aufmerksam gemacht, die durch diese Maßnahme im Reich ausgelöst worden ist. Es ist lautet nunmehr, daß die litauische Regierung den Ausweisungsbefehl gegen neun von den eff. Lehrern rückgängig machen will. Gegen zwei der Betroffenen soll er dagegen aufrechterhalten werden, weil, wie die Behörden behaupten, diese sich loyal gegen Litauen verhalten hätten. Es liegt ferner, daß Litauen beschließt, die Lage der Lehrer im Remelgebiet durch Gesetz in einer Weise zu regeln, die die deutsche Wünsche berücksichtigt.

15-30 Stimmen Mehrheit für das Kabinett Lardieu.

Paris, 5. März.
Das Ministerium Lardieu tritt heute vor das Parlament. Man erwartet wieder eine leidenschaftliche Debatte in der Kammer; sie wird nur ausbleiben, wenn etwa die tragischen Ereignisse im Übergangsbereich der Opposition Beranlassung geben sollten, ihren Eifer zu dämpfen. Das Kabinett Lardieu wird in seiner Programm-erklärung zweifellos das wirtschaftliche finanzielle Moment in den Vordergrund stellen, da es alle Veranlassung hat, eine Diskussion über seine Zusammenhänge zu vermeiden, die immerhin gewisse Angriffspunkte gibt. Es ist doch kein Geheimnis, daß die Verleugung des Ministerpräsidenten die Schaffung einer weitgehenden Konzentration verhindert hat. Eine Petitionstage hat also eine innerpolitische Entwicklung aufgehalten und damit logischerweise auch den Gang der parlamentarischen Geschäfte erschwert, wenn nicht gar verlangsamt. Trotz allem wird das Kabinett Lardieu, das ja alle Reichselemente umfaßt und das zweifellos auch nicht eine einzige Stimme auf der äußersten Rechten, also über die Kartell-Gruppe hinaus, verlieren wird, eine Mehrheit erreichen. Man kann für den jetzt siffernmäßig bezehnten. Gegen das Kabinett werden können 10 Kommunisten, 9 Sozialisten, 115 Radikalen und etwa 60 „bezoehene“, die sich aus den kleinen Gruppen zusammensetzen. Die Opposition wird also etwa 235 Stimmen auf sich vereinigen, vielleicht auch nur soviel, wie die am letzten Dienstag erzielte, also 277, und dem Kabinett wird dadurch eine Mehrheit von 15 bis 30 Stimmen, je nach der Stärke des Besuchs der Kammer Sitzung, zufallen.

Die geplanten Kommunistendemonstrationen in New York.

New York, 5. März.
Die New Yorker Polizei hat mit Rücksicht auf die für Donnerstag geplanten großen kommunistischen Gewerkschaftsdemonstrationen Vorkehrungen in dem Umfang getroffen, wie sie sonst nur für den 1. Mai üblich sind. U. a. werden Kirchen und öffentliche Gebäude sowohl wie die Wohnungen bekannter Persönlichkeiten unter besondere Bewachung gestellt. Man glaubt bei den Behörden nach den vorliegenden Anzeichen übrigens nicht, daß die Kundgebung den Umfang erreicht, den die Kommunisten ankündigen. Dagegen herrscht in der New Yorker Bevölkerung, wie die Wächter betonen, beträchtliche Nervosität, was sich gestern darin zeigte, daß ziemlich beträchtliche Polizeiträfte durch unbegründete Alarmgerüchte über geplante Bombenattentate und Demonstrationen unruhig in Atem gehalten wurden. Der Präsident der russischen Gewerkschaftsorganisation Bogdanoff, der eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich mit Nachdruck gegen die neuerdings